



Foto: dpa

HAUSHALTSDEBATTE

„Rot-Grün hat **kein** Konzept und keine Linie“

Mit einem Sitzungsmarathon über vier Tage startete der Bundestag aus der Sommerpause. Auf dem Programm standen die Haushaltsberatungen für das Jahr 2004.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand die „General-

debatte“. Wie traditionell üblich, nutzte die Opposition die Diskussion um den Kanzleretat zu einer grundlegenden Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der

Fortsetzung Seite 2

INHALT

ARGUMENTATION
Gesundheitsreform-
debatte
SEITE 8-9

DOKUMENTATION
Angela Merkel –
Rede in der Haushalts-
debatte
INNEN TEIL

■ Haushaltsdebatte: Eichel steht mit dem Rücken zur Wand (Seite 4) ■ Pressestimmen zum Haushaltsentwurf 2004 (Seite 5) ■ Maria Eichhorn: Sparen zu Lasten von Familien und Kindern (Seite 6) ■ Gerda Hasselfeld: Kommunen benötigen Hilfe (Seite 6–7) ■ Hartmut Schauerte: Zwangsabgaben schaffen keine Arbeitsplätze (Seite 9) ■ Katherina Reiche: Bundesregierung soll Tacheles reden (Seite 10) ■ Peter-Harry Carstensen, Wolfgang Börsen: Kraftakt für mehr Ausbildungsplätze (Seite 11) ■ Nordrhein-Westfalen: Politik für Wachstum und Innovation (Seite 12) ■ Hans-Gert Pöttering: Der Euro-Stabilitätspakt gilt für alle Mitgliedsstaaten (Seite 13) ■ Peter Götz: Graffiti-szene wird immer krimineller (Seite 15) ■ Maria Böhmer: Ganztagschulen – der Faktor Qualität ist entscheidend (Seite 15-16) ■ Klaus Lippold, Peter Paziorek, Werner Wittlich: Trittin vernichtet Arbeitsplätze und erzielt keinen Umwelteffekt (Seite 16)

Fortsetzung von Seite 1:
 CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, zog in der Generalausssprache eine Bilanz der fünfjährigen Regierungszeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder. „Besser geworden ist so gut wie nichts, aber vieles komplizierter“, sagte die Oppositionsführerin im Bundestag. Das Wachstum von über zwei Prozent im Jahr 1998 sei in Stagnation abgerutscht. Während die Vorgängerregierung das Maastricht-Kriterium mit 2,2 Prozent klar eingehalten habe, werde das Defizit am Ende des Jahres auf über vier Prozent steigen.

Weiter sagte Angela Merkel, der vom Bundeskanzler mit seiner Rede vom 14. März unternommene Anlauf für einen Politikwechsel sei nicht aus den Startlöchern gekommen. Schröder habe für seine Politik „kein Ziel und keine Grundausrichtung, kein Konzept und keine Linie“. Sein Versprechen aus dem Wahlkampf, vieles besser machen zu wollen, habe er

nicht gehalten. Stattdessen hätte sich vieles verschlechtert. Als Beispiele nannte sie das Wirtschaftswachstum, den Arbeitsmarkt und die Staatsverschuldung.

Keine Blockadepolitik

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende machte deutlich, dass eine Blockadepolitik – wie bei der SPD zu Lafontaines Zeiten – nicht zur Union passe. Mit ihrer Beteiligung an der Reform des Gesundheitswesens habe die Union unter Beweis gestellt, „dass wir uns vor unbequemen Entscheidungen nicht drücken“, betonte Angela Merkel. Wenn die Opposition etwas ablehne, werde sie das mit begründeten Argumenten tun. Mit Sicherheit sei dies beim Haushaltsentwurf 2004 der Fall. Das Vorziehen der Steuerreform über neue Schulden werde nicht die Zustimmung der Union finden. „Neuverschuldung ist für uns kein Finanzierungskonzept.“

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111/333, Vertrieb: Tel. 02226-802-213, e-mail: oliver.murmant@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Politikalternativen

Die CDU-Vorsitzende machte Alternativen zum Regierungskurs deutlich und plädierte unter anderem für Studiengebühren für Langzeitstudenten und eine gesetzliche Regelung bei betrieblichen Bündnissen für Arbeit. Hierzu habe die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Zugleich appellierte sie an die Tarifvertragsparteien, ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl gerecht zu werden und ihren Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten

zu leisten. In diesem Zusammenhang sprach sich die Fraktionsvorsitzende erneut für längere Arbeitszeiten in Deutschland aus. Auf absehbare Zeit werde man sich einer Verlängerung der Arbeitszeit nicht verweigern können. „Daran führt kein Weg vorbei.“ Darüber hinaus kritisierte die Vorsitzende die Lockerung der Handwerksordnung und die Koalitionsdrohung mit einer Ausbildungsplatzabgabe wegen fehlender Lehrstellen. Außerdem bekräftigte die Oppositionsführerin die Ablehnung des Vorgehens der Regierung bei der Zusammenlegung von Ar-

beitslosen- und Sozialhilfe. Stattdessen werde die Union das „hessische Modell zur aktivierenden Sozialhilfe und Unterstützung des Niedriglohnssektors“ als eigenen Gesetzentwurf in die Beratungen einbringen. Außerdem wird die Union die Initiative des Bundes der Vertriebenen für ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin unterstützen. Nichts spreche gegen ein europäisches Netz dieser Gedenkstätten, erklärte sie. Dessen ungeachtet müsse Deutschland die Kraft für die Errichtung eines eigenen Zentrums aufbringen.

EXPERTE: „BEWUSST FALSCHER ANNAHMEN“ DER REGIERUNG

Der frühere Wirtschafts- und Rolf Peffekoven hat die Regierung wegen ihrer Annahmen für den Bundeshaushalt 2004 scharf gerügt. Die Regierung habe „ganz offensichtlich bewusst falsche Annahmen unterstellt, um zu verhindern, dass sie schon heute das wahre Ausmaß der Neuverschuldung offenbaren muss“, sagte der Mainzer Finanzwissenschaftler dem „Handelsblatt“ und der „Berliner Zeitung“ (10. September). Noch nie hat es nach Ansicht Peffekovens einen

vergleichbaren Etatentwurf gegeben mit einer „so übertrieben optimistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung“. Dies betreffe sowohl die von der Regierung unterstellten 2,0 Prozent Wachstum wie auch die Arbeitslosenzahl von gut 4,4 Millionen. Weitere Risiken bestünden in den von Finanzminister Hans Eichel eingestellten Mehreinnahmen sowie im Abbau von Entfernungspauschale und Eigenheimzulage. Gegenwärtig sei fraglich, ob diese Vorhaben

überhaupt politisch durchsetzbar seien. Auch die mit 2 Milliarden eingeplanten Einnahmen aus dem Steueramnestie-Gesetz seien fraglich. Dazu müssten 20 Milliarden Euro Schwarzgeld nach Deutschland zurückfließen. Zu erwarten sei deshalb, dass das Defizit deutlich höher ausfalle als von Eichel angenommen, sagte Peffekoven. Die Einhaltung des Drei-Prozent-Defizitkriteriums im Jahr 2004 gemäß des Euro-Stabilitätspakts sei deshalb mehr als „fraglich.“

Eichel steht mit dem Rücken zur Wand

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, attestierte, Bundesfinanzminister Hans Eichel Versagen in der Finanzpolitik.

„Sie sind politisch, persönlich und fachlich gescheitert“, sagte Merz am ersten Tag der Haushaltsberatungen im Bundestag. Die Grundlagen des Haushaltsgesetzes 2004 seien bereits heute überholt. In einer solchen Situation müsste die Opposition „eigentlich den Rücktritt des Finanzministers fordern“.

Angesichts der katastrophalen Haushaltslage hätte der Finanzminister einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2003 vorlegen müssen, betonte der Fraktionsvize. Da Eichel der europäischen Kommission bereits Anfang September gemeldet habe, Deutschland werde die De-



fizitgrenze überschreiten, müsse er auch wissen, wie sich der Haushalt bis zum Ende des Jahres entwickeln werde. Eichel selbst hatte zuvor erhebliche Unsicherheiten bei der Finanzplanung für den Haushalt 2004 einräumen müssen.

Weiter sagte Friedrich Merz, der Etatentwurf werde nicht einmal vom Koalitionspartner mitgetragen. So habe die Vorsitzende des Finanzausschusses, Christine Scheel (Bündnis 90/Die Grünen), in einem Interview die dem Haushalt zugrunde liegende Wachstumserwartung

für 2004 von zwei Prozent in Frage gestellt. Damit sei der Etatentwurf „keine beratungsfähige Grundlage“, erklärte der Fraktionsvize. „Sie verschaukeln und verladen das ganze Parlament.“ Bereits in den Plandaten liege ein Haushalt vor, der das Grundgesetz verletze.

Noch schwerer wiege jedoch, dass die Bundesregierung mit der „massiven erneuten Verletzung des Maastricht-Vertrages“ den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt gefährde. Der Bundeskanzler habe eine Kurskorrektur eingeleitet und versuche, zusammen mit Frankreich und Italien den Vertrag „niederzuwalzen“. Damit drohe ein Rückfall in „kreditfinanzierte Konjunkturprogramme“, die zu einer weiteren massiven Verschuldung der öffentlichen Haushalte führen werde.

WIRTSCHAFTSINSTITUTE WARNEN VOR HÖHEREN SCHULDEN

Führende Wirtschaftsforschungsinstitute warnen vor einer Ausweitung der öffentlichen Defizite. Höhere Schulden könnten zwar kurzfristig einen positiven Konjunktoreffekt haben, langfristig aber zerstörten sie das Vertrauen in die Politik, sagte Jan-Egbert Sturm, Münchner Ifo-Institut. Nach seinen Worten signalisieren höhere

Schulden vor allem, „dasses mit dem Reformwillen doch nicht so weit her sein kann.“ Auch der Konjunkturchef des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, Joachim Scheide, lehnt eine höhere Neuverschuldung zur Ankurbelung der Konjunktur strikt ab. „Der Effekt für das Wirtschaftswachstum liegt bei null.“ Nach Einschätzung des Präsidenten

des Hamburgischen Weltwirtschaftsarchivs, Thomas Straubhaar, wird das Vorziehen der Steuerreform zwar einen beachtlichen konjunkturellen Erfolg nach sich ziehen. Auf lange Sicht aber werde dieses kreditfinanzierte Vorziehen der Steuerreform die Staatsschulden weiter in die Höhe schrauben.

(Berliner Zeitung)



Pressestimmen zum Haushaltsentwurf 2004

Im Haushaltsentwurf der Regierung wimmelt es nicht einfach nur von Risiken, die sich in einer unsicheren Welt nicht ausschließen lassen. Es reihen sich vielmehr Luft- und Hoffnungsbuchungen aneinander. Mit dem gesetzlich verankerten Grundsatz von Klarheit und Wahrheit hat dieser Haushalt wenig gemein. *Financial Times Deutschland*

Der Haushalt 2004, über den in diesen Tagen im Bundestag gestritten wird, ist auf Wachstum gebaut. Zwei Prozent hat Bundesfinanzminister unterstellt. Angesichts der bis in diesen Sommer reichenden Stagnation der Wirtschaft erscheint dies tollkühn.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Berechtigt aber ist der Vorwurf, Eichel agiere unseriös. Da wird ein Haushalt vorgelegt, in dessen Vorwort die eigenen Konjunkturprognosen angezweifelt werden, in

dem milliardenschwere Reformprojekte noch nicht berücksichtigt sind. Eichel verspielt den letzten Rest an Glaubwürdigkeit, wenn er jetzt so tut, als sei die Union mit ihrer Bundesratsmehrheit das größte Risiko für den Haushalt. Damit macht er es sich zu einfach. Denn das größte Risiko geht von den unrealistischen und schön gerechneten Zahlen aus. *Berliner Zeitung*

Wäre Mitleid ein Element der politischen Auseinandersetzung, hätte Hans Eichel es verdient. Selten ist einem Finanzminister von den eigenen Leuten so der Schneid abgekauft worden. *General-Anzeiger*

Hans Eichel wird der Verlust an Glaubwürdigkeit besonders schmerzen. Denn er ist mit dem Anspruch angetreten, vieles besser zu machen als seine Vorgänger. Das ist ihm nicht gelungen. Durchwursteln heißt mittlerweile die Devise in der Finanzpolitik. Der Etatentwurf für 2004 steckt voller Risiken, demnächst droht wieder ein Nachtragshaushalt, und

Deutschland wird in diesem und im nächsten Jahr die Stabilitätsziele des Maastricht-Vertrags verfehlen.

Stuttgarter Zeitung

Mit dem Etatentwurf für 2004 ist Hans Eichel endgültig zur traurigen Figur der Regierung geworden. Die Zahlen-Kolonnen, die der Finanzminister auf der Einnahmeseite aufgelistet hat, die unterstellten Erwartungen an Wachstum und Ausgaben-Entwicklung, sind wirklichkeitsfern.

Dresdner Neueste Nachrichten

Hans Eichel, ehemals ein solider Haushälter, fehlt inzwischen die konzeptionelle Kraft. Zermürbt vom rasanten Abstieg des 'Hans im Glück' zum 'Hans im Pech', gekränkt von den immer persönlicher werdenden Attacken der Union und gedemütigt von den eigenen Leuten, ist dieser Finanzminister zu einem Befreiungsschlag jedenfalls nicht mehr fähig. Für den Kanzler, so scheint es, ist Eichel überdies nur noch Kanonenfutter. *Saarbrücker Zeitung*

MARIA EICHHORN:

Sparen zu Lasten von Familien und Kindern



Anlässlich der 1. Lesung des Haushaltsentwurfs für 2004 erklärte die familienpolitische Sprecherin:

Mit einer drastischen Reduzierung der Einkommensgrenzen beim Erziehungsgeld saniert die Bundesregierung ihren Haushalt 2004 auf Kosten junger Eltern. Mit diesen Einsparungen trifft die Bundesregierung vor allem die Eltern, die nach der Geburt eines Kindes für eine gewisse Zeit auf Erwerbstätigkeit verzichten wollen.

Damit widerspricht die Familienministerin ihren Äußerungen bei der Verabschiedung des Haushalts 2003. Damals hat sie behauptet, dass es keinerlei Einschränkungen beim Erziehungsgeld gebe. Dies ist eine Täuschung der Wähler – ein Jahr nach der Bundestagswahl 2002.

Mit diesen Kürzungen verabschiedet sich die rot-grüne Bundesregierung auch vom Prinzip der Wahlfreiheit für Eltern. Diese wollen und sollen selbst entscheiden, wie sie Familie und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren. Trotz einer Geburtenrate von nur 1,3 Kindern pro Frau in Deutschland spart die Bundesregierung auf Kosten derjenigen, die Kinder erziehen. Andere Länder wie Frankreich oder die skandinavischen Länder haben deutlich höhere Geburtenraten. Das Erfolgsrezept in diesen Ländern basiert auf dem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und der finanziellen Förderung von Familien.

Mit einem Kinderzuschlag für Geringverdiener in Höhe von 140 Euro greift die Bundesregierung endlich die Idee des Familiengeldes der Union auf, Kinder aus der Sozialhilfe zu holen. Im Wahlkampf 2002 wurde das Familiengeld noch mit der Begründung abgelehnt, dass die Unterstützung für Familien ausreichend sei. Wir werden den Vorschlag konstruktiv begleiten und setzen ein Gesamtkonzept dagegen, das

■ mit der Einführung eines Familiengeldes echte Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Lebensentwürfen ermöglicht, ■ die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb-

tätigkeit durch den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung für alle Altersgruppen verbessert und die Erziehungskompetenz von Müttern und Vätern stärkt.

GERDA HASSELFELDT:

Kommunen benötigen Hilfe



In der allgemeinen Finanzdebatte erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Die rot-grüne Bundesregierung vermischt mit ihrem Vorschlag zur Gewerbesteuer zwei unterschiedliche Probleme: Die akute Finanznot der Kommunen und den grundlegenden Reformbedarf bei den Kommunalfinanzen. Die Vorschläge der Regierung werden keinem der Probleme gerecht.

CDU und CSU haben mit ihrem Antrag klar unterschieden, wir fahren zweigleisig: Schnelle Hilfe für die klammern Kommunen für das nächste Jahr und dann eine grundlegende Reform, die

„EIN SCHWEIZER KÄSE IST DAGEGEN EIN BETONKLOTZ.“
 Dietrich Austermann, haushaltspolitischer Sprecher, in der Haushaltsdebatte unter Hinweis auf die unsicheren Haushaltsdaten

auf verlässlichen Berechnungsgrundlagen fußt. Bei dieser grundlegenden Reform müssen auch die Ausgaben einbezogen werden, wie wir es in unserem Entwurf vorschlagen. Einnahmen und Ausgaben müssen dabei gleichermaßen berücksichtigt werden. In der gesamten Debatte hat der Finanzminister ebenso wie Kollege Poß nur in Überschriften gesprochen. Zum Inhalt der Gesetzentwürfe wurde nichts gesagt. Die Regierung ist den Kommunen auch hier Antworten schuldig geblieben.

Herr Müntefering schlägt zur Problemlösung neue Schulden vor. Das fällt den Regierungsfractionen sofort und immer wieder ein: neue Schulden. Der Bundeskanzler distanziert sich im ZDF-

Sommerinterview von den Problemen in den Kommunen. Er belehrt darüber, dass die Bundesregierung nicht über die Gebühren bspw. für Kindergärten in den Gemeinden entscheide. Das ist schäbig, gerade weil diese Bundesregierung mit ihrer Wirtschafts- und Steuerpolitik die Ursachen für die kommunalen Einnahmeeinbrüche geschaffen hat.

Die rot-grünen Vorschläge sind Flickwerk ohne stringente Idee und ohne schlüssiges Konzept. Sie nehmen hier dem einen und geben dort dem anderen. Nebenbei schaffen Sie unnötig neue Bürokratie für über 700.000 Freiberufler, Arbeitsbeschaffung für Finanzbeamte und

Steuerberater. Nicht einmal innerhalb der Regierungsfractionen besteht Einigkeit. Schon vor der Einbringung des Gesetzes gab es Absetzbewegungen von maßgeblichen Mitgliedern dieser Fraktionen. So wird Frau Sager als Fraktionsvorsitzende der Grünen in der SZ mit der Äußerung zitiert, dass das Zahlenwerk von Hans Eichel untauglich sei. Für die Senkung der Gewerbesteuerumlage mindestens auf das Niveau vor der rot-grünen Steuerreform gibt es auch in den Regierungsparteien Zustimmung. Die Senkung der Umsatzsteueranteile für die Kommunen ist auch Bestandteil des Regierungsentwurfes: CDU und CSU fordern die Bundesregierung auf, schnell den Kommunen zu helfen.

Die zehn größten Posten im Bundeshaushalt



Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Gesundheitsreformkompromiss – ein **Erfolg** der Union

Die Union hat bei der Gesundheitsreform den Kompromiss mit der Regierung gesucht, um „Schlimmstes an Staatsmedizin und Zentralismus“ zu verhindern.

Das ist der Union gelungen. Der Kompromiss trägt die Handschrift der Union. Ohne Kompromiss hätte die Regierung das Gesetz sonst aufgesplittet in einen zustimmungsfreien und einen zustimmungspflichtigen Teil. Dann hätte die Union nicht über den zustimmungsfreien Teil mitbestimmen können, in dem sämtliche Strukturentscheidungen enthalten gewesen wären (wie zum Beispiel das staatliche „Zentrum für Qualität in der Medizin“).

Die Erfolge der Union im Interesse aller Beteiligten im Einzelnen:

- Die Union hat die ärztliche Therapiefreiheit im Interesse der Patienten gerettet. Denn es ist der Union gelungen, ein von der Regierung gewolltes, bürokratisches und zentralistisches staatliches „Zentrum für Qualität in der Medizin“ zu verhindern, das eine Bevormundung der Gesundheitsberufe und eine Standardisierung der Behandlungsabläufe von Pati-

enten beinhaltet hätte. Ebenso konnte die Union eine „Positivliste“ für Medikamente verhindern. Somit bleibt es im Ermessen des einzelnen Arztes – und nicht staatlicher Vorgaben –, welches Medikament er zur Behandlung seines Patienten im jeweiligen Fall anwenden möchte.

- Die Union hat dafür gesorgt, dass bei bestimmten Indikationen (z.B. Krebs, Schlaganfall) weiterhin auch nicht verschreibungspflichtige Medikamente von den Krankenkassen erstattet werden. Auch für Kinder bleibt es grundsätzlich bei der Verpflichtung zur Kostenübernahme durch die Krankenkassen.

- Die Union hat die freie Arztwahl für die Patienten erhalten. Denn ein ärztliches Nachfragemonopol der Krankenkassen konnte verhindert und die Selbstverwaltung der Ärzte und Zahnärzte erhalten werden. Insbesondere sollten die Krankenkassen ursprünglich den Sicherstellungsauftrag für die fachärztliche Versorgung erhalten, indem Fachärzte im niedergelassenen Bereich nur noch durch die Krankenkassen zugelas-

sen worden wären. Mittel- und langfristig wäre somit die fachärztliche Versorgung nicht mehr durch freiberuflich tätige Ärzte, sondern vorwiegend in den Krankenhäusern oder durch Fachärzte der Krankenkassen erfolgt.

- Die Union hat die flächendeckende ambulante fachärztliche Versorgung der Patienten gesichert. Denn es ist gelungen, die von der Regierung gewollten bürokratischen und zentralistischen, so genannten „Gesundheitszentren“ zu verhindern.

- Die Union hat Mitwirkungsrechte der Patienten- und Versichertenorganisationen im Gemeinsamen Bundesausschuß der Gesetzlichen Krankenversicherung durchgesetzt, auch und gerade im Hinblick auf den Leistungskatalog.

- Krankenkassen erhalten das Recht, Tarife mit Beitragsrückgewähr oder Selbsthalten mit Beitragsminderung anzubieten. Dadurch zahlen Versicherte weniger.

- Ab 2007 wird die Budgetierung für Ärzte beendet. Damit ist der Weg frei für eine sach- und leistungsge-rechte Vergütung der Ärzte mit festen Preisen. Dies wird

HARTMUT SCHAUERTE

Zwangsabgaben schaffen keine Arbeitsplätze

Zu den Überlegungen in der SPD zur Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe erklärt der mittelstandspolitische Sprecher:

Der sich abzeichnende Lehrstellenmangel in Deutschland ist schlimm für alle: für die Lehrstellensuchenden, für die Wirtschaft und unsere Gesellschaft insgesamt.

Ständiges Drohen von SPD-Fraktion und Bundeskanzler mit der Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe hilft aber niemandem. Im Gegenteil: Wer eine Zwangsabgabe für nicht ausbildende Unternehmen einführen will, der treibt nur die Kosten in Deutschland weiter in die Höhe, der zieht die Bürokratieschraube in Deutschland eine weitere Umdrehung an, der treibt noch mehr Arbeitsplätze ins Ausland, noch mehr Beschäftigung in die Schwarzarbeit und noch mehr mittelständische Betriebe in den Ruin.

Der Schlüssel für mehr Lehrstellen in Deutschland liegt nicht in mehr, sondern



in weniger Kosten und weniger bürokratischer Gängelung für die Betriebe. Nur weniger Kosten schaffen mehr Investition und ermöglichen mehr Ausbildung in den Fachkräftestamm von morgen.

Alle Anstrengungen zur Bekämpfung der Lehrstellenmisere müssen ins Leere laufen, wenn die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien nicht endlich die Weichen dafür stellen, dass die Belastungen von Bürgern und Betrieben durch Steuern und Abgaben in Deutschland gesenkt werden. Nur so kann kleinen und mittleren Betrieben die notwendige Luft zum Atmen gegeben und deren Ausbildungsbereitschaft erhöht werden. Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab.

erreicht durch die Einführung von Regelleistungsvolumina. Diese werden zwischen Ärzten und Krankenkassen vereinbart und beinhalten für eine bestimmte Leistungsmenge feste Preise.

■ Auf Forderung der Union hin wird es eine stärkere Angleichung der Einkommen der Ärzte in den alten und neuen Bundesländern bis Ende 2006 geben.

■ Die Union hat für faire Wettbewerbsbedingungen für freiberufliche Offizinapotheken gesorgt und die Errichtung von Apothekenketten verhindert.

■ Sozialhilfeempfänger werden künftig bei der medizinischen Versorgung wie die gesetzlich Krankenversicherten und nicht – wie faktisch bisher – besser als diese behandelt. Auch Sozialhilfeempfänger werden künftig eine Selbstbeteiligung zu tragen haben.

■ Der Zahnersatz wird ab 2005 gesondert versichert und somit von Löhnen und Gehältern entkoppelt. Damit senkt die Union die Lohnnebenkosten – mehr Arbeitsplätze können entstehen.

■ Mit all diesen Schritten ermöglicht die Union Beitragssenkungen der Krankenkassen – wenn die Arbeitslosigkeit nicht aufgrund der Politik der Regierung wieder ansteigt.

KATHERINA REICHE:

Bundesregierung soll Tacheles reden

Zu den Ankündigungen des Bundeskanzlers zur Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe erklärte die bildungs- und forschungs-politische Sprecherin:

167 640 Jugendliche haben noch keinen Ausbildungsplatz und der Bundesregierung fällt nichts anderes ein, als den Betrieben weiter mit einer Ausbildungsplatzabgabe zu drohen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, nun endlich Tacheles zu reden und sich nicht mehr hinter immer weiteren Drohungen zu verstecken.

Herr Kannegießer hat Recht, wenn er sagt, man solle „Maßnahmen, die man für richtig hält, entweder tun



oder man soll sie lassen, aber nicht ständig wie ein Damoklesschwert über der Wirtschaft lassen“. Alle Anstrengungen zur Bekämpfung der Lehrstellenmisere sind zum Scheitern verurteilt, wenn Rot-Grün die Betriebe nicht entlastet und es ihnen dadurch auch in konjunkturell schwierigen Zeiten ermöglicht, auszubilden. Die von

Rot-Grün angedrohte Ausbildungsplatzabgabe bewirkt genau das Gegenteil: Sie schafft mehr Bürokratie, aber keine Ausbildungsplätze. Die CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, das Berufsbildungsgesetz umgehend zu novellieren. Der erste Lehrstellenmarkt muss gestärkt werden. Das Berufsbildungsrecht ist so zu reformieren, dass die Berufsausbildung wieder stärker an betrieblichen Aufgaben und Arbeitsprozessen orientiert wird. Die Betriebe müssen mehr Eigenverantwortung bei der Ausbildung erhalten. Ausbildung muss sich wieder lohnen.

AUSBILDUNGSMARKT IN ZAHLEN

Von Oktober 2002 bis August 2003 sind den Arbeitsämtern insgesamt 510.743 Ausbildungsstellen gemeldet worden, das sind 46.682 oder 8,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Gleichzeitig haben mit 697.500 etwa 6.000 Bewerber mehr als im Vorjahr zur Vermittlung eines Ausbildungsplatzes die Berufsberatung eingeschaltet. En-

de August waren 54.577 Ausbildungsstellen noch unbesetzt, 4.800 weniger als vor Jahresfrist. Als noch nicht vermittelt zählten 167.640 Bewerber. Das sind 30.436 mehr als vor einem Jahr. Die Lehrstellenlücke liegt somit bei 113.063 fehlenden Lehrstellen und damit deutlich über der Zahl des Vorjahres von 77.827. Nicht nur der

Ausbildungs-Stellenmarkt, auch der Arbeitsmarkt bleibt für junge Menschen unter 25 Jahre äußerst angespannt. Mit 559.653 erreichte die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in einem August den höchsten Stand, seit die Bundesanstalt für Arbeit nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland entsprechende Statistiken führt.

PETER-HARRY CARSTENSEN, WOLFGANG BÖRNSEN:

Kraftakt für mehr Ausbildungsplätze

Den Drohungen des Bundeskanzlers eine Ausbildungsplatzabgabe einzuführen, erteilten der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende, Peter-Harry Carstensen, und das Mitglied des Wirtschaftsausschusses im Deutschen Bundestag, Wolfgang Börnsen, eine klare Absage.

Mit dieser zusätzlichen Belastung würden kleine und mittlere Betriebe gerade in strukturschwachen Regionen nur weiter geschwächt, weil zahlreiche Lehrstellen mangels Nachfrage nicht besetzt werden könnten, oder es wegen der regionalen Verkehrsferne keine qualifizierten Bewerber gebe. Wichtiger sei es, gerade mit Blick auf die nächsten Jahre, effektive Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausbildungssituation langfristig zu verbessern. „Über 6.300 Schülertlassene in Schleswig-Holstein und Hamburg, die keinen Ausbildungsplatz haben, hat es in den vergangenen 15 Jahren noch nicht gegeben. Dieser Negativrekord darf nicht bleiben. Wir erwarten einen Schlussspurt für die junge Generation“, sagten beide. Gegenüber dem Vorjahr sei die Anzahl

der Ausbildungsplatzsuchenden um 1.800 gestiegen. „Darin steckt die eigentliche Problematik, weil auch für die kommenden drei Jahre noch geburtenstarke Jahrgänge auf den Ausbildungsmarkt

drängen werden. Alle politisch Verantwortlichen müssen bei dieser angespannten Lage ernsthaft erwägen, durch eine steuerliche Entlastung für Ausbildungsbetriebe für mehr Ausbildung zu sorgen.“

„Ein Ausbildungsplatz kostet durchschnittlich 8.000 € pro Jahr, in Industrie und Handel 10.400. Ausbildungsbetriebe sorgen – nicht nur für den eigenen – qualifizierten Nachwuchs. 93 Prozent dieser Betriebe wünschen nach einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft daher, dass ihr Engagement steuerlich gewürdigt wird. Gleichzeitig nennen neun von zehn Betrieben die flauere Wirtschaftslage und die fehlende wachstumsfördernde Politik des Bundes als Hauptursachen für ihre Ausbildungszurückhaltung. Wenn wir diese Lage in den kommenden drei Jahren ent-



P.-H. Carstensen



W. Börnsen

schärfen wollen – erst danach rechnen Fachleute mit einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt – müssen wir insbesondere unsere kleinen Betriebe wirksam entlasten. Bereits 3.000 € zusätzliche steuerliche Anrechenbarkeit würden nach Auffassung von Fachleuten viele Betriebsinhaber zur Einstellung von Auszubildenden bewegen“, so die beiden Mitglieder des Deutschen Bundestages.

Die Unionsvertreter schlagen hierzu die Stärkung von Ausbildungsverbänden insbesondere für Kleinstbetriebe vor, die zügige Novellierung des Berufsbildungsrechts, sowie die Steigerung der Leistungsfähigkeit des dualen Partners Berufsschule durch Einführung bundesweit gültiger Qualitätsstandards und die Einführung von schlanken Berufen bzw. Abschlüssen für praktisch Begabte.

Mehr Freiheit statt mehr Bürokratie

Die CDU in Nordrhein-Westfalen wird in der zweiten Jahreshälfte noch stärker für eine Politik mit mehr Eigenverantwortung statt staatlicher Regulierung, mehr Freiheit statt mehr Bürokratie, mehr Wachstum und Beschäftigung statt mehr Arbeitslosigkeit werben. Dies kündigte der Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers in einem Brief an die nordrhein-westfälischen Funktionsträger an:

Voraussetzung für Wachstum und Innovation sei ein konkreter Bürokratieabbau. Das bedeute: „Auflösung der Regierungspräsidien und Schaffung von drei Regionalverbänden in Westfalen, im Rheinland und im Ruhrgebiet bei den Landschaftsverbänden. In Detmold und in Arnsberg wird es einen Ausgleich für die wegfallenden Regierungspräsidien geben. Der Investitionsstau in NRW von mehr als 20 Millionen Euro muss aufgelöst werden. Wir brauchen eine Politik für den Mittelstand. Deshalb kämpfen wir auch gegen die Abschaffung der Meisterprüfung im Handwerk und wollen eine Reform der beruflichen Ausbildung.“



Rüttgers bekräftigte, dass die Menschen mehr arbeiten müssten, damit mehr Wachstum erzielt werde. Dies gelte „im Westen wie im Osten.“ Er nannte konkrete Vorschläge: „Das 13. Schuljahr wird abgeschafft. Studien- und Ausbildungszeiten werden verkürzt. Ein Jahr früherer mittlerer Berufseintritt der jungen Generation bedeutet einen Prozentpunkt weniger Lohnzusatzkosten. Vorruhestandsregelungen werden abgeschafft. Die Wochenarbeitszeit wird ohne Lohnausgleich verlängert, aber auch flexibilisiert. Freiwillige Arbeit über das 65. Lebensjahr hinaus wird ermöglicht.“ Der Landesvorsitzende wird auch seinen persönlichen Beitrag für neue Arbeitsplätze leisten: Auf einer Tour durch Nordrhein Westfalen wird der Landesvorsitzende um Lehrstellen werben. „Wir wollen alles dafür tun, damit jedem Jugendlichen, der eine Ausbildung machen will,

eine Lehrstelle angeboten werden kann. Es müsste im Interesse aller Beteiligten sein, eine drohende Lehrstellenkatastrophe abzuwenden.

Außerdem müsste der Arbeitsmarkt entriegelt werden. Dazu gehöre auch der Ausbau des Einstiegslohnssektors. „Die Minijobs sind ein Erfolgsmodell. Wir wollen die Progressionszone, in der die Arbeitnehmer ermäßigte Sozialabgaben zahlen, von jetzt 800 Euro auf 1.200 Euro ausweiten. Arbeit für niedrigeren Lohn ist besser als keine Arbeit“, sagte Rüttgers. Eine weitere Herausforderung sei, die sozialen Sicherungssysteme zukunfts-fest zu machen für eine älter und kleiner werdende Gesellschaft. Dabei müsse das Verhältnis zwischen persönlicher Verantwortung und gesellschaftlicher Solidaritätspflicht zugunsten einer höheren persönlichen Verantwortlichkeit neu ausbalanciert werden. „Die großen Lebensrisiken werden auch in Zukunft von der Solidargemeinschaft getragen“, so Rüttgers. Eine soziale Vollkasko-Versicherung führe aber zum Zusammenbruch des Sozialen. Deshalb müsse es eine neue Rentenreform geben mit weiterem Ausbau der privaten Vorsorge.

HANS-GERT PÖTTERING:

Der Euro-Stabilitätspakt gilt für alle Mitgliedsstaaten

Der Vorsitzende der christdemokratischen EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pötering, hat von der Europäischen Kommission die konsequente Verteidigung der durch das europäische Recht geschützten Stabilität des Euro verlangt.

In Brüssel erklärte der Vorsitzende der stärksten Fraktion im Europäischen Parlament, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, für große Mitgliedstaaten könne es durch politischen Druck eine Sonderbehandlung geben, was die Auslegung der Maastricht-Kriterien, insbesondere der Neuerschuldungsgrenze von drei Prozent, angeht.

Eine Aufweichung oder fortdauernde Verletzung des



am Bruttoinlandsprodukt gemessenen Drei-Prozent-Kriteriums und somit die Aufgabe des nach dem Stabilitätspakt anzustrebenden Haushaltsausgleichs wäre ein falsches Signal nicht nur für die übrigen EU-Staaten, sondern insbesondere auch für die beitretenden Länder, denen von der EU große wirtschaftspolitische Anstrengungen abverlangt werden.

Der Stabilitätspakt diene, so Pötering weiter, der Stär-

kung des internationalen Vertrauens in eine junge Währung, die dank dieser strengen Regeln in den ersten Jahren sehr erfolgreich gestartet ist. Wenn die Kommission die gemeinsame Währung heute nicht gegen mangelnde Haushaltsdisziplin verteidige, ermögliche sie kein höheres Wirtschaftswachstum, sondern riskiere allenfalls mehr Inflation und ein höheres Zinsniveau. Pötering ermutigte in diesem Zusammenhang ausdrücklich den für diese Fragen zuständigen EU-Kommissar Solbes, seine bisherige Politik konsequent fortzusetzen. „Es darf keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Mitgliedstaaten geben“, sagte Pötering.

HINTERGRUND: STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT

Der Stabilitätspakt wurde für die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion ausgehandelt, und soll sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten nach Euro-Einführung ihre Bemühungen um Haushaltsdisziplin fortsetzen. Mit Hilfe des Paktes werden die EU-Mitgliedsstaaten zu einer stabilitätsorien-

tierten Finanzpolitik angehalten. Ziel ist es, im Zusammenspiel mit der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Innerhalb des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gelten folgende Kriterien für die finanzwirtschaftliche

Stabilität eines Landes: 3% Defizitobergrenze für das jährliche Defizit, 60 % Obergrenze für die öffentliche Gesamtverschuldung. In Bezug auf eine drohende oder tatsächliche Verletzung, insbesondere des 3%-Kriteriums, sieht der Pakt ein Frühwarnsystem bzw. ein Sanktionssystem vor.

Preisverleihung

„Viele Ihrer strukturellen Entscheidungen tragen nun Früchte“, sagte der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi in seiner Laudatio an Peter Müller. Der Ministerpräsident des Saarlands wurde für die Erfolge in der Wirtschaftspolitik als „Ministerpräsident des Jahres“ geehrt.

Wie eine Studie der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und der „Wirtschaftswoche“ belegt, hat das Saarland unter den 16 Bundesländern in den vergangenen beiden Jahren die erfolgreichste Wirtschafts- und Ordnungspolitik betrieben.

In seiner Dankesrede wies Müller darauf hin, dass seit seinem Regierungsantritt 66 Prozent aller Verwaltungs-



vorschriften aufgehoben wurden. Bürokratieabbau sei der entscheidende Beitrag zur „Befreiung aus den Fesseln des Staates“. Wirkliche Reformen seien nicht nur durch Kostensenkung, sondern vor allem durch „Strukturveränderungen“ erreichbar, so Müller. Deshalb sei es notwendig, nach einem klaren „Leitfaden“ zu handeln und so die „Rahmenbedingungen für Wachstum und

Beschäftigung“ zu schaffen. Jedoch lasse die aktuelle Bundesregierung gerade diese Leitlinien vermissen.

Das Bundesländer-Ranking war in Zusammenarbeit mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft Köln ausgearbeitet worden und bewertete die Entwicklung der Bundesländer nach den Faktoren Struktur, Standort, Wohlstand und Arbeitsmarkt.

CDU VOLL IM TREND

Beachvolleyball ist die Trendsportart für warme Sommertage. In den großen Städten verwandeln sich Betonplätze in sandige Strände. Jugendliche und junge Erwachsene „pritschen“ und „baggern“ um die Wette. In Berlin hat der Ortsverband Fischerinsel ein Beachvolleyball-Turnier ausgerichtet. Erster

Preis: Der Konrads-Becher – in Anlehnung an Konrad Adenauer. Neben Ortsverbänden der Berliner CDU aus verschiedenen Stadtteilen standen hochrangig besetzte Gastmannschaften in den Startlöchern. In hart umkämpften Spielen konnten sich schließlich die katholische Pfarrei Salvator Padres gegen die Abgeordne-

tenhausfraktion durchsetzen und den Wanderpokal „Konrads-Becher“ erobern. Im nächsten Jahr gilt es dann, den Becher zu verteidigen, wenn in Berlin auf Neue gepritscht und gebaggert wird. Eine Idee, die sich bewährt hat, um – besonders in Großstädten – die Bevölkerung und die Politikereinander näherzubringen.

PETER GÖTZ:

Graffiti-Szene wird immer krimineller



Zu den Folgen der Verzögerung einer wirksamen Strafrechtsänderung zur Einschränkung des Graffitiunwesens durch die rot-grüne Bundesregierung erklärte der kommunalpolitische Sprecher:

Das Graffitiunwesen verursacht riesige volkswirtschaftliche Schäden. In Berlin allein sind es jährlich 50 Mio. €. Der Staat hat keine ausreichende Handhabe gegen die Sprayer. Rot-Grün verweigert sich einer maßvollen Verschärfung des Strafrechts.

Verheerend sind die sozialen und städtebaulichen Folgen dieses nur vermeintlich kleinen Missstands: Ganze Straßenzüge, Plätze und Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs bieten ein Bild der Verwahrlosung. Zahlreiche Straßenzüge leeren sich und vers-

lumen als Folge von Graffiti. Ein Gefühl der Unsicherheit macht sich breit.

Konsequentes Vorgehen gegen so genannte Bagatelldelikte wie Graffitischmierereien hat sich eindeutig als erfolgreich bei der Kriminalitätsprävention erwiesen – vor allem bei Kindern und Jugendlichen. All das hat die Kriminalitätsforschung mit ihrer „Broken-Windows-Theorie“ wissenschaftlich nachgewiesen und die Praxis in anderen Ländern hat es längst belegt.

Aber gegen alle Vernunft sträubt sich Rot-Grün. In der letzten Wahlperiode haben sie vier Gesetzentwürfe zur besseren Graffiti-Bekämpfung zurückgewiesen. Die Union hat im Januar dieses Jahres erneut einen Gesetzentwurf zur maßvollen und wirksamen Verschärfung des Strafrechts in den Bundestag eingebracht. Immer noch nicht ist darüber vernünftig entschieden.

Derweil wächst der Schaden Tag für Tag und Monat für Monat; jeden Tag über eine halbe Mio. €, jeden Monat über 16 Mio. €.

Berlin musste inzwischen eine 36-köpfige gemeinsame Ermittlungsgruppe aus Polizei und Bundesgrenzschutz „Graffiti in Berlin“ (GIB) einsetzen – und sie bezahlen. Ein Ermittler ist be-

reits von ertappten Sprayern niedergestochen worden, ein anderer wurde einen Treppenaufgang herunter gestoßen und schwer verletzt.

Einzelne organisierte Gruppen vermarkten ihre Graffiti-Bildbände und Videofilme. In dieser Szene werden Claims abgesteckt. Ihre Kämpfe werden immer gewalttätiger. Allein in Berlin sind 3.000 bis 4.500 Sprayer in 150 Gruppen („Crews“) organisiert.

Schluss damit! Wir fordern Rot-Grün auf, endlich Verantwortung zu übernehmen.

MARIA BÖHMER:

Ganztagschulen – der Faktor Qualität ist entscheidend

Zum Start des Ganztagschulprogramms durch Bildungsministerin Edelgard Bulmahn erklärt die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Eine deutliche Verbesserung der Unterrichtsqualität erwartet die Ministerin Bulmahn durch die Errichtung neuer Ganztagschulen. Das ist jedoch ein Trugschluss. Kinder lernen nicht automatisch mehr oder besser, wenn sie längere Zeit in der Schule



bleiben. Nicht der Faktor Zeit, sondern der Faktor Qualität ist entscheidend.

Neuere Studien haben ergeben: Die Ganztagsschule ist kein Garant für mehr Bildung. Das kann die Ministerin bereits heute in Nordrhein-Westfalen sehen. In dem SPD-regierten Bundesland gibt es die meisten Ganztagsschulen. Nach der Logik von Frau Bulmahn müsste NRW einen Spitzenplatz bei PISA einnehmen. Stattdessen gehört es zu den „Sitzenbleiberländern“. Das unterstreicht: Das Ganztagschulbauprogramm der Bundesregierung ist keine Antwort auf PISA. Was wir brauchen sind fundierte pädagogische Konzepte, eine solide Ausstattung der Schulen mit Personal, Räumlichkeiten und Finanzen, vor allem aber eine qualitativ hochwertige Aus- und Fortbildung für Lehrer.

Statt von Verbesserung der Bildung zu sprechen, wäre Ehrlichkeit angesagt: Der Ausbau der Ganztags-

schulen zielt auf die bessere Betreuung der Kinder am Nachmittag, also auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist vernünftig. Dazu sollte die Regierung stehen und Eltern nichts vorgaukeln.

KLAUS LIPPOLD
PETER PAZIOREK
WERNER WITTLICH:

Trittin vernichtet Arbeitsplätze und erzielt keinen Umwelteffekt



Anlässlich der Ergebnisse der Prognos-Dosenpfandstudie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit erklärten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, der umweltpolitische Sprecher und der zuständige Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die vorgelegten Ergebnisse der Dosenpfandstudie entlarven Bundesumweltminister Trittin endgültig: Arbeitsplatzvernichtung ohne Verbesserung des Umweltschutzes.

Das seit Anfang des Jahres von Trittin wider besseren Wissens losgetretene Dosenpfandchaos hat ökologische Effekte erzielt, die nicht wahrnehmbar sind. Dafür wurde in Kauf genommen, dass per saldo tausende von Arbeitsplätzen vernichtet wurden. Die Gesamtkosten dieses falschen, dogmatischen Vorgehens liegen bei 500 Millionen bis 1,2 Milliarden Euro jährlich. Die Zechen hat der Verbraucher zu bezahlen.

Bundesumweltminister

Trittin ist aufgefordert, die Reißleine zu ziehen und das Dosenpfand auszusetzen. Das ist auch eine Forderung

von EU-Kommissionspräsident Prodi, da die jetzige Pfandregelung nicht mit EU-Recht vereinbar ist.

Die Union fordert Herrn Trittin einmal mehr auf, sich endlich seiner Verantwortung als Bundesumweltminister zu stellen. Dazu gehört in erster Linie, dass er den Weg freimacht für eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Neuausrichtung der Verpackungsverordnung.

<http://>

Weitere Informationen:
www.cducusu.de

Weniger Staat, mehr Verantwortung

„Freiheit, Verantwortung und Subsidiarität.“ Das sind die Schlagworte, die im Mittelpunkt eines neuen Staatsverständnisses stehen, das in einem Grundsatzzpapier der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgestellt wurde.



Konrad
Adenauer-
Stiftung

komme dem Prinzip der Subsidiarität zu, der Hilfe zur Selbsthilfe. Demnach müsse sich der Staat auf seine klassischen Kernkompetenzen beschränken und den Betroffenen mehr Eigenverantwortung zugestehen. Dader Staat allerdings „aus eigenem Antrieb nichts von seiner Macht“ abgeben werde, müssten sich die Bürger ihren „Freiraum“ selbst erarbeiten. Es sei aber wichtige Aufgabe des Staates, Anreize zu mehr Eigeninitiative zu schaffen und vor allem die gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechend anzupassen. Mehr „Flexibilität und Mobilität“, Abbau von Bürokratie und eine „allgemeine und spürbare Senkung der Steuertarife“ seien entscheidende Voraussetzungen für die Entstehung einer aktiven Bürgergesellschaft. Zudem brauche Deutschland eine neue Gründerkultur mit erfolgreichen Unternehmern als „Humus“ einer „dynamischen Wirtschaft“. Dazu müssten auch die Rechtsformen der Stiftung und der Genossenschaft eine stärkere

Bedeutung erfahren. Unter dem Schlagwort „Corporate Citizenship“ verbirgt sich die in anderen Ländern

bereits sehr populäre Idee, dass sich Unternehmen an „der Finanzierung von Gesellschaftsaufgaben durch Spenden oder durch Sponsoring“ beteiligen. So könnten nach Meinung der Autoren die Schulen und Hochschulen, aber auch andere kulturelle und sportliche Einrichtungen, besser finanziert werden und eine größere Unabhängigkeit von den „unberechenbaren Budgetzyklen der öffentlichen Haushalte“ erfahren. Gerade bei den Schulen sei es aber notwendig, dass deren Trägerschaft neu definiert werde und „der Staat die Schulen in wesentlichen Bereichen in die Selbständigkeit“ entlasse. Des Weiteren seien die Gemeinden als „Grundeinheit gesellschaftlich freiheitlichen Handelns“ zu stärken. Derzeit seien die Gemeinden „ihrer Mission entfremdet“, da sie die Missstände der Staatspolitik zu bewältigen hätten.

<http://>

Download der Studie:
www.kas.de

Die Bürger hätten sich daran gewöhnt, die „Daseinsvorsorge“ ganz dem Staat zu überlassen und ihn dabei „in eine tiefe Krise“ geführt, da dieser Versorgungsstaat zum einen nicht mehr finanzierbar sei und zum anderen einen riesigen bürokratischen Aufwand verursacht habe, sagte der Stiftungsvorsitzenden Bernhard Vogel bei der Vorstellung des Papiers. Um diese Entwicklung umzukehren, habe ein Kuratorium, dem zahlreichen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kultur angehörten, unter dem Vorsitz des ehemaligen Bundespräsidenten Prof. Roman Herzog diese Entwicklung einer ausführlichen Analyse unterzogen und Lösungsansätze angeboten. Diese seien jedoch nicht als abstrakte, theoretische Forderungen, sondern als „konkrete politische Aufgaben“ formuliert worden, betonte Bernhard Vogel. Besondere Bedeutung auf dem Weg zur Bürgergesellschaft

Stundenplan

Bestell-Nummer: 9258
 Preis je 250 Stück: 10,20 €
 inkl. MwSt.: 11,83 €



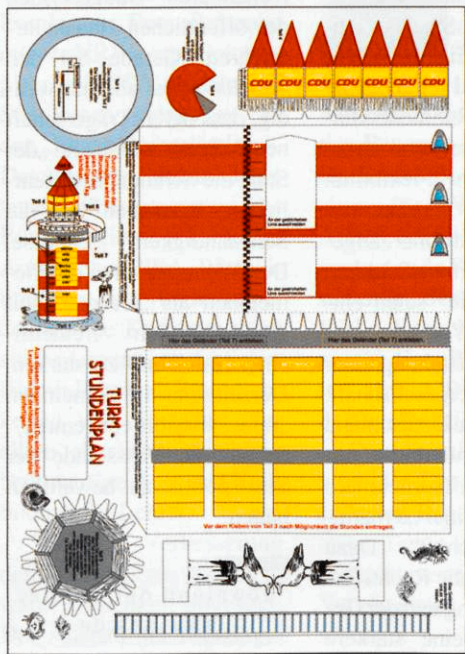
Reflektoren, bunter Mix aus verschiedenen Figuren und Symbolen

Bestell-Nummer: 9558
 Preis je 30 Stück: 18,90 €
 inkl. MwSt.: 21,92 €



CDU-Buntstifte mit intensiver Farbkraft, Bruch-, Wisch- und Wasserfest

Bestell-Nummer: 9250
 Preis je 10 Schachteln: 17,40 €
 inkl. MwSt.: 20,18 €



Bastelbogen mit Stundenplan Leuchtturm

Bestell-Nummer: 9745
 Preis je 25 Stück: 10,20 €
 inkl. MwSt.: 11,83 €



Mini-Schultüte,

Inhalt: 4 Buntstifte, Radiergummi,
Bleistift und CDU-Vitaminbonbons

Bestell-Nummer: **9657**

Preis je **10 Stück: 15,30 €**

inkl. MwSt.: 17,75 €

Plakat „1. Klasse – so sollte auch die Schulpolitik sein.“

DIN A1

Bestell-Nummer: **7035**

Preis je 50 St.: **19,00 €**

inkl. MwSt.: 22,04 €

DIN A0

Bestell-Nummer: **7036**

Preis je 50 St.: **28,75 €**

inkl. MwSt.: 33,35 €

1. Klasse – so sollte auch die Schulpolitik sein.



Willkommen in der 1. Klasse!



Plakat

„Willkommen in der 1. Klasse!“

DIN A1

Bestell-Nummer: **7679**

Preis je 50 St.: **19,00 €**

inkl. MwSt.: 22,04 €

DIN A0

Bestell-Nummer: **7680**

Preis je 50 St.: **28,75 €**

inkl. MwSt.: 33,35 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Postkarte
„Gut, dass Rot-Grün weiß,
wo 's langgeht.“

Bestell-Nummer: 9081
Preis je 100 Stück: 15,50 €
inkl. MwSt.: 17,98 €

Postkarte
„Demnach dürften wir keine
Probleme haben:“

Bestell-Nummer: 9082
Preis je 100 Stück: 15,50 €
inkl. MwSt.: 17,98 €

